

gleicher Zeit, bei der nicht unbedeutende Politiker anwesend waren (Allende aus Chile, Juliao aus Brasilien, Cardenas aus Mexiko), für Castro der Anlaß, sich im Februar 1962 unmißverständlich als Kommunist zu bekennen und die Unvermeidbarkeit einer gewaltigen Revolution in Lateinamerika als einzigen Weg zu wirklicher Befreiung der lateinamerikanischen Länder anzukündigen.

Ein Jahr nach der Konferenz von Punta del Este betonte J. F. Kennedy (November 1962) die Entschlossenheit der USA, „das umfangreiche Bemühen der USA weiterzuführen, um dem Bedarf der lateinamerikanischen Völker im Bereich der Wohnungsnot, Arbeit und Boden, Gesundheit und Schulung“ gerecht zu werden. Gleichzeitig erklärte Kennedy, daß die Revolution nur vermeidbar und eine evolutionäre Entwicklung möglich sei, wenn die oberen Schichten auf ihre Privilegien verzichteten und eine raschere Reform der ungerechten Sozial- und Wirtschaftsstrukturen durchführten.

Solange aber nicht gegen die zwar latente, aber doch wirksame imperialistische Politik der amerikanischen Wirtschaftsinteressen vorgegangen wird, ist auch keine Änderung der mit der amerikanischen Wirtschaftspolitik gekoppelten Interessen der einheimischen privilegierten Schichten der lateinamerikanischen Völker zu erwarten.

Antikommunismus führt zu Interventionismus

Seit dem Sturz der Militärdiktatoren (um 1958) in fast allen lateinamerikanischen Staaten und der folgenden Machtübernahme durch sozial fortschrittliche, gemäßigte Regierungen, die dennoch auch stark unter dem Druck der alten, privilegierten in- und ausländischen Interessengruppen stehen, hauptsächlich aber seit der deutlichen Tendenz der Castro-Revolution zum Kommunismus, beginnt allmählich wieder das alte Prinzip des Interventionismus der Monroedoktrin an Boden zu gewinnen. Der Anlaß der Wiederbelebung des amerikanischen Interventionismus ist die wachsende Gefahr des Kommunismus in Lateinamerika. Schon 1959 sagte Foster Dulles, daß die Beherrschung und Kontrolle der politischen Institutionen irgendeines Staates durch den internationalen Kommunismus die größte Gefahr für die Souveränität und Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten darstelle und zu einem politischen Herrschaftssystem in dieser Hemisphäre führe, das einer außerkontinentalen Macht eigen ist. Die

Intervention in Guatemala (Sturz des fortschrittlichen Präsidenten Arbenz) wurde auf Grund dieses Prinzips gerechtfertigt. Auch J. F. Kennedy stand am Anfang seiner Präsidentschaft vor einer solchen Entscheidung, die von der Verwaltung seines Vorgängers schon vorbereitet war: die panamerikanische Politik des Noninterventionismus bedeutet nicht Passivität! „Wenn die Nationen dieses Kontinents ihre Entschlossenheit vergessen, gegen den Kommunismus zu kämpfen, will ich sie wissen lassen, daß meine Regierung entschlossen ist, ihre Pflicht, unser Land zu verteidigen, zu erfüllen.“ So identifizierte damals Kennedy wie heute auch Johnson die kommunistische Gefahr mit der Sicherheitsgefährdung der USA. Aus diesem Grunde kehrten die USA zu den alten Prinzipien ihrer Lateinamerikapolitik zurück. Nicht alles aber, was den Antikommunismus stützt, ist für die mit einer großen antiamerikanischen Empfindlichkeit belasteten lateinamerikanischen Staaten günstig. Die Ablehnung der proamerikanischen Haltung bedeutet nicht unbedingt eine prokommunistische Haltung. Die Fiktion der amerikanischen Politik, nach der als bedingungsloses Prinzip der Satz aufgestellt wird, „wer nicht für mich ist, der ist gegen mich“, fördert den Kommunismus mehr, als sie ihn bremst.

Seit der Gründung der ersten kommunistischen Partei Lateinamerikas (Buenos Aires 1919) ist der Kommunismus in allen Ländern gescheitert. Castro selber wurde im Anfang, gleich nach seiner Machtübernahme, in New York bejubelt. So kann man die Frage stellen: Hätte Castro sich auch dann zum Kommunisten gewandelt, wenn die Hochfinanz der USA ihm seine Forderungen für eine Regelung der wirtschaftlichen Situation Kubas erfüllt hätte?

Durch das jüngste Geschehen in Santo Domingo gewinnt diese Frage erneut an Aktualität. Auch wenn die Haltung der lateinamerikanischen Staaten hinsichtlich der Intervention der USA vom 14. April sehr unterschiedlich war, so stellt doch ihre Ablehnung durch gemäßigte, sozial fortschrittliche Regierungen — wie Frei — die Gültigkeit, Wirksamkeit und Nützlichkeit der „Organisation Amerikanischer Staaten“ und damit eines der letzten Instrumente der Lateinamerikapolitik der USA sehr in Frage. Die Schwäche der OAS ist allzu deutlich, ebenso wie die Kompromißsituation vieler Regierungen zwischen Oligarchie und Linksparteien.

Aus der totalitären Welt

Aktuelle Probleme kommunistischer Politik in Mitteldeutschland

Am 7. Oktober 1964 wurde in Mitteldeutschland der 15. Jahrestag der Gründung der „DDR“ und am 8. Mai 1965 der 20. Jahrestag der „Befreiung“ von der Hitler-Diktatur ausgiebig mit Reden über die „Errungenschaften“ und mit der Proklamation großer Zukunftsperspektiven gefeiert. Und es ist nicht zu verkennen, daß es in jüngster Zeit Anzeichen für eine langsame, aber stetige Aufwärtsentwicklung gibt. Innen- und außenpolitisch beginnt sich im Unterschied zu früheren Jahren eine relative Stabilisierung des Ulbricht-Regimes abzuzeichnen. Die krisenartige Situation der Jahre 1959 bis 1963 wurde über-

wunden. Dieser Entwicklungstrend findet in zunehmendem Selbstbewußtsein der SED-Führer seinen sichtbaren Ausdruck.

Der wirtschaftliche Aufstieg Mitteldeutschlands

Die Anwendung bisher verpönte Kategorien der Betriebswirtschaftslehre, wie Gewinn, Kosten, Preis, Umsatz, als sogenannter ökonomischer Hebel im Rahmen des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (Beschuß des Präsidiums des Ministerrats vom 11. Juni 1963) sowie die Reform der Industriepreise haben erheblich zu einer rentableren Produktion beigetragen. Die Verluste, die durch die zentralistische Planbürokratie früher entstanden sind, haben sich vermindert. Ein pragmatischeres Vorgehen in der Wirtschafts-

führung und die Übertragung größerer Befugnisse an die Generaldirektoren der Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) und die Direktoren der Volkseigenen Betriebe (VEB) reduzierten die Einmischungsversuche fachlich wenig qualifizierter Parteifunktionäre. Bereits auf der Fünften Tagung des Zentralkomitees der SED (3.—7. Februar 1964) bezeichnete Ulbricht die Generaldirektoren der 80 VVB als „Schlüsselfiguren des gesamten Wirtschaftssystems“. Ohne Zweifel ist ihr Einfluß gewachsen. Die SED-Führung unternimmt auch beträchtliche Anstrengungen, um politisch zuverlässige wirtschaftliche Führungskräfte heranzubilden. Beim Zentralkomitee der SED wurde als Ausbildungsstätte ein „Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung“ geschaffen. In die leitenden Parteiorgane wurden mehr Wissenschaftler, Techniker, Ingenieure, Ökonomen gewählt. Das Abrücken von dogmatischen alten Führungsmethoden trug erheblich dazu bei, in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion (nach einer Zeit relativer Stagnation) wieder sichtbare Fortschritte zu erzielen. Die Versorgungslage mit Lebensmitteln und Konsumgütern aller Art hat sich gegenüber den vergangenen Jahren beträchtlich gebessert, wengleich das Warensortiment noch immer unter dem bundesdeutschen Niveau liegt.

Bei der Beurteilung der Situation in Mitteldeutschland werden im Westen vorwiegend nur Vergleiche mit der Bundesrepublik herausgearbeitet. So richtig dieses Verfahren auch vom Gesichtspunkt der innerdeutschen und europäischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ist, so muß doch auch die Position der „DDR“ innerhalb des kommunistischen Machtbereichs richtig eingeschätzt werden.

Aber selbst bei einem Vergleich der Industrieproduktion der einzelnen Länder in der Welt ist hervorzuheben, daß die „DDR“ im Umfang der Industrieproduktion auf den achten Platz vorgerückt ist (die Bundesrepublik steht auf dem zweiten Platz und ist der größte Industrieexporteur der Welt). Laut Angaben der „Zentralverwaltung für Statistik der DDR“ ergibt sich in einzelnen Produktionsbereichen folgende Platzierung:

„Im Vergleich der Pro-Kopf-Produktion mit den USA, Westdeutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und Italien hat die DDR folgende Positionen erreicht: Elektroenergie 3. Stelle, Zement 4. Stelle, Rohstahl 6. Stelle, Plaste und synthetische Harze 6. Stelle, Fernsehgeräte 4. Stelle“ („Neues Deutschland“, 9. 5. 65, S. 10).

Das industrialisierteste Land des Ostblocks

Im „Europa-Archiv“ (Heft 21, 1964) veröffentlichte Hans-Dieter Schulz sehr beachtenswerte Angaben zum Industriepotential der „DDR“. An Hand von statistischem Material wird die wirtschaftliche Potenz der „DDR“ mit der der Sowjetunion und anderen kommunistischen Staaten verglichen. Schulz stellt u. a. fest:

„Die flächenmäßig nur kleine DDR ist das am dichtesten besiedelte Mitgliedsland des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die politisch zu Osteuropa, geographisch zu Mitteleuropa, der Kultur und Geschichte nach aber zu Westeuropa gehörende DDR verfügt nach der Sowjetunion über das zweitgrößte Industriepotential aller sozialistisch regierten Länder Europas. Ihre Landwirtschaft, ihr Handel und Verkehr nehmen gleichfalls Spitzenstellungen innerhalb des RGW ein.

...Kein Land des sozialistischen Wirtschaftssystems ist so stark industrialisiert wie die DDR. 1961 wurden hier 63,7% des Nationaleinkommens von der Industrie erwirtschaftet. In der Tschechoslowakei, die der DDR ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen liefert, entfielen dagegen 62% (1960) des National-

einkommens auf die Industrie, in Ungarn 56,7% und in der UdSSR nur 51,8%...

In vielen Fällen rückt die DDR auch ... vom zweiten auf den ersten Platz vor, wenn man die Produktion nicht in absoluten Zahlen vergleicht, sondern auf die jeweilige Bevölkerungsgröße bezieht. Pro Kopf gerechnet, erreicht die DDR-Produktion die erste Stelle im RGW bei Rundfunkgeräten und Fernsehempfängern, aber auch bei Margarine und Butter. Besonders groß wird der Vorsprung der DDR vor allen anderen RGW-Ländern einschließlich der Sowjetunion bei der chemischen Produktion. Nach Unterlagen der Ständigen RGW-Kommission für Chemie betrug 1958 die Pro-Kopf-Produktion an Düngemitteln in der DDR 113 kg (ČSSR 16,7 und UdSSR 14,3 kg). Bei Kunststoffen erreichte die DDR 1958 rund 5,4 kg pro Kopf (ČSSR 3,5 und UdSSR 1,1 kg). Die Erzeugung von Chemiefasern betrug 1958 in der DDR 8,7 kg pro Kopf, während die Tschechoslowakei nur auf 4,1 kg und die Sowjetunion lediglich auf 0,81 kg kam.

...Dem industriellen Rang der DDR entspricht seit Jahren auch ihre führende Position im Außenhandel des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Schon 1960 lag sie mit einem Außenhandelsvolumen von 3,9 Milliarden neuen Rubeln nach der Sowjetunion (10,1 Milliarden) und vor der Tschechoslowakei (3,4 Milliarden) auf dem zweiten Platz. Die Umsatzzahlen im Außenhandel des Jahres 1962 lauten (neue Rubel): UdSSR 11,8 Milliarden, DDR 4,24 Milliarden, ČSSR 3,8 Milliarden, Polen 3,19 Milliarden, Ungarn 1,98 Milliarden, Rumänien 1,53 Milliarden und Bulgarien 1,33 Milliarden.“

Die „DDR“ ist auch der größte Maschinenlieferant im Osten. Schon 1960 betrug der Maschinenanteil am „DDR“-Export 48,4%. Bei der ČSSR lag dagegen der Maschinenanteil im Export bei 45,1% und in der UdSSR nur bei 20,5%. Unter dem Stichwort der zweiten industriellen Revolution unternimmt die „DDR“ gegenwärtig die intensivsten Anstrengungen im Ostblock, die Produktionsmethoden auf den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu bringen. Im Vergleich mit anderen kommunistischen Staaten hatte Mitteldeutschland im vergangenen Jahr die höchste Wachstumsrate in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion aufzuweisen.

Selbst in den meisten Bereichen der Landwirtschaft steht Mitteldeutschland in Hektarerträgen an der Spitze im kommunistischen Block. 1962 betrug der Hektarertrag an Weizen 31,1 Doppelzentner, die ČSSR folgte mit 24,4 — alle anderen kommunistischen Länder (auch die Sowjetunion) lagen unter 20 Doppelzentnern. Man kann heute behaupten, daß die Bevölkerung der „DDR“ den höchsten Lebensstandard im kommunistischen Machtbereich hat und, vom Osten her gesehen, sich in Mitteldeutschland ein wahres Wirtschaftswunder vollzogen hat.

Natürlich ist dieses „Wirtschaftswunder“ nicht als Ausdruck eines Triumphes der sozialistischen Ordnung in Mitteldeutschland zu werten. Schon vor der kommunistischen Herrschaft war Mitteldeutschland hochindustrialisiert und verfügte über eine breite Schicht qualifizierter Facharbeiter, Ingenieure und Landwirte. Wenn heute die „DDR“ eine so beachtenswerte Position in der Weltwirtschaft und vor allem im kommunistischen Machtbereich einnimmt, so ist dies vornehmlich das Verdienst der mitteldeutschen Arbeiter, Bauern und Techniker, die unter äußerst mißlichen Bedingungen (Materialmangel, alte Maschinen und Anlagen, hemmende Planbürokratie, mangelnde Freiheit, Abneigung gegen das Regime usw.) dennoch erstaunliche Leistungen vollbrachten. Es ist jedoch auch zu berücksichtigen, daß Mitteldeutschland nach 1945 relativ ungünstige Startbedingungen hatte. Es war von starken Kriegszerstörungen betroffen, viele Jahre hatte es riesige Reparationslasten zu tragen, lange Zeit mußte es einen sehr unvorteilhaften Außenhandel

mit der Sowjetunion treiben, und es erhielt keine dem Marshallplan vergleichbare ausländische Starthilfe.

Das Verhältnis zur Sowjetunion

Die SED-Führung war im übrigen in den vergangenen Jahren bemüht, sich im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) beispielhaft zu verhalten, ungeachtet zeitweiliger erheblicher Nachteile für die mitteldeutsche Wirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung.

Die „DDR“ steht auch in bezug auf den Osthandelsanteil, wenn man von Bulgarien absieht, an der Spitze der RGW-Staaten. 1963 betrug ihr Osthandelsanteil 78,5%. Die „DDR“ hat sich im RGW einen angesehenen Platz erworben und hat sich bislang konsequent für einen stärkeren wirtschaftlichen Zusammenschluß eingesetzt.

Auch im Handel mit dem Westen steht die „DDR“, gemessen an ihrer Bevölkerungszahl im kommunistischen Machtbereich, mit an der Spitze. Die Handelsorgane der „DDR“ unterhalten Handelsbeziehungen mit mehr als 100 Ländern. Die „DDR“ bemüht sich stetig um den Ausbau dieser Beziehungen und erstrebt vor allem Handelsabkommen auf Regierungsebene.

Schadenfroh weisen die SED-Funktionäre darauf hin, daß die nach dem 13. August 1961 ausgegebene Boykottlösung gegen die Leipziger Messe einen Mißerfolg hatte und daß sich die führenden Firmen aus der freien Welt danach drängen, in Leipzig vertreten zu sein.

Gestützt auf ihre wirtschaftliche Potenz und eine geschickte Taktik, ist die „DDR“ zunehmend bemüht, als gleichberechtigter Partner der Sowjetunion aufzutreten und die Satellitenrolle abzustreifen. Der „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, der am 12. Juni 1964 in Moskau von Chruschtschow und Ulbricht unterzeichnet wurde, festigte die Position Ulbrichts durch eine eindeutige Garantieerklärung für die „Staatsgrenzen der DDR“. Durch diesen Vertrag wurde aber nicht nur die Existenz der „DDR“ garantiert, sondern die Sowjetunion bekräftigte darin auch ihren außenpolitischen Grundsatz, daß die Wiedervereinigung nur eine Angelegenheit der „beiden souveränen deutschen Staaten“ sei. Erstmals wurde in einem Vertrag West-Berlin als „selbständige politische Einheit“ bezeichnet.

Größere Aktionsfreiheit

Gestützt auf ihr wirtschaftliches Gewicht im kommunistischen Machtbereich und auf den allgemeinen Trend begrenzter nationalstaatlicher Regungen im einst homogenen Ostblock, gewinnt auch die „DDR“ einen größeren Aktionsradius für eine selbständigere Politik, jedoch liegt vornehmlich in den entscheidenden Fragen, in denen eine unmittelbare Konfrontation kriegerischer Art mit den Westmächten droht, weiterhin die gesamte Entscheidungsbefugnis in den Händen der Sowjetunion. Zwar gibt es in diesen Fragen, die sich insbesondere um das Problem West-Berlin konzentrieren, zwischen Ulbricht und den Sowjetführern nicht unbeträchtliche Meinungsverschiedenheiten, dennoch muß man feststellen, daß angesichts der härteren Deutschlandpolitik von Breshnew und Kossygin die Meinungsverschiedenheiten sich in jüngster Zeit verringert haben.

Da die mitteldeutschen Machthaber bisher folgsam gewesen sind und sich als angenehme Statthalter bzw. Partner der Sowjetunion bewährt haben, ist auch von

seiten des Kreml nicht zu erwarten, daß sie die keimhaften nationalkommunistischen Regungen in Mitteldeutschland, die aus wohlerwogenen Gründen in jüngster Zeit von Ulbricht gefördert und zum Teil initiiert wurden, unterdrücken. Im Gegenteil, gerade unter dem Aspekt begrenzter Auflockerungstendenzen im kommunistischen Machtbereich wird die „DDR“ für die Sowjetunion als zuverlässiger Partner noch wichtiger. Die „DDR“ mag politisch zwar weiterhin in entscheidenden Fragen Satellit der Sowjetunion sein, doch zugleich ist sie der bedeutendste Außenhandelspartner der UdSSR. Zwar ist Mitteldeutschland von sowjetischen Rohstoffen abhängig, aber es ist kein einseitiges wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis mehr, da die Sowjetunion auch auf bestimmte Erzeugnisse aus Mitteldeutschland angewiesen ist. Zugleich ist die „DDR“ aber infolge niedrigerer Bevölkerungszahl, unmittelbarer Berührung mit dem Westen und vor allem wegen weitverbreiteter Ablehnung des kommunistischen Regimes durch die Bevölkerung ein politisch und militärisch schwaches Glied in der Kette kommunistischer Staaten. Dieser Zustand kann gegenwärtig nur durch die ständige Anwesenheit sowjetischer Truppen wettgemacht werden.

Innenpolitische Festigung des Ulbricht-Regimes

Doch gelang es in jüngster Zeit dem Ulbricht-Regime, sich auch innenpolitisch weiter zu stabilisieren. Der Sturz Chruschtschows hatte günstige Auswirkungen, weil die neue Sowjetführung Ulbricht viel entschlossener unterstützt. In jüngster Zeit konnten die kommunistischen Behörden und die Justiz zunehmend den Weg „sozialistischer Legalität“ gehen und im Innern auf die Anwendung offener Terrormethoden weitgehend verzichten. Widerstandshandlungen aktiver und passiver Art haben — soweit es dafür Anhaltspunkte gibt — abgenommen. Die von Ulbricht zum 15. Jahrestag der Gründung der „DDR“ ausgegebenen Losungen von der allmählichen Umwandlung der „Arbeiter-und-Bauern-Macht“ zum „Volksstaat“ und der SED zur „Volkspartei“ weisen die Richtung eines begrenzt reformerischen Kurses in der Innenpolitik.

Das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ ist offenbar das Kernstück des neuen Kurses. Im Rahmen dieses Systems wird stärker an die materiellen Interessen des einzelnen appelliert. Die SED-Führer bemühen sich, der Bevölkerung die Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus schmackhafter zu machen. Die Durchführung von Ulbrichts Reformen in der Wirtschaftsführung erfordert gegenüber der Bevölkerung weitgehend eine Haltung der Verträglichkeit. Brutale Unterdrückung, plumpe Bevormundung und aufdringliche Erziehung sind daher heute weniger zweckmäßig. Dennoch darf man nicht erhoffen, daß die Durchsetzung der Reform in der Wirtschaftsführung die gesamte kommunistische Ordnung verändert, denn erstens beabsichtigt die Reform der Wirtschaftsführung die ökonomische Basis des Sozialismus zu festigen, sie führt keineswegs zur Aufhebung des zentralen Dirigismus (in ihr ist kaum eine Spur des jugoslawischen Beispiels enthalten), und zweitens gibt es noch die starke Gruppe der Parteiideologen, die darüber wacht, daß sich die Wirtschaftsfachleute nicht der Parteikontrolle entziehen.

In den letzten Jahren wurden kleine Erleichterungen im täglichen Leben geschaffen. Die Furcht vor dem SSD ist geringer geworden. Wenigstens für die Rentner wurde eine begrenzte Freizügigkeit im innerdeutschen Reise-

verkehr wiederhergestellt. (Andererseits offenbart die Tatsache, daß die SED-Führung nur den Rentnern dieses Zugeständnis machen kann, die immer noch vorhandene Labilität.) In kleinen Fragen ist die SED etwas großzügiger geworden und reglementiert weniger, z. B. wird modernste Tanzmusik geduldet. West-Stars durften auftreten. Die „Deutsche Künstler-Agentur“ bemühte sich um ein Gastspiel der „Beatles“. Die Verdammung der „dekadenten Pseudokunst des Hüftenwackelns und Jöhens nach Noten“ wurde im allgemeinen aufgegeben. Dennoch darf man diese kleinen Zugeständnisse nicht überbewerten oder daraus gar Hoffnungen auf eine Aufweichung des Ulbricht-Regimes ableiten. Zwar kann man heute unbeanstandet twisten, westfernsehen und auch „heiße Eisen“ (Bürokratismus, Überheblichkeit, Selbstzufriedenheit u. a.) ansprechen, doch an der Herrschaft der SED darf auch weiterhin nicht ungestraft gerüttelt werden. Der Fall des kommunistischen Rebellen Prof. Robert Havemann ist ein Beispiel dafür, daß die SED-Führung alle echten Aufweichungstendenzen bekämpft.

Stärkere Beachtung der öffentlichen Meinung

Sehr bemerkenswert ist in jüngster Zeit, daß die öffentliche Meinung zunehmend als Machtfaktor berücksichtigt wird. Nachdem schon seit dem Tode Stalins in der mitteldeutschen Presse organisierte Diskussionen einen größeren Raum einnahmen und häufiger auch bemerkenswert kritische Stellungnahmen abgedruckt wurden, werden nun Meinungsbefragungen systematisch durchgeführt. Beim Zentralkomitee der SED wurde ein Institut für Meinungsforschung gegründet, zu dessen Leiter der Altkommunist und frühere Innenminister Karl Maron ernannt wurde. Die Errichtung eines derartigen Parteiinstituts ist ein Novum.

Die SED-Führung hat offenbar erkannt, daß die Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft und die Erziehung der Menschen nicht durch Agitation, Propaganda und einschüchternden Terror allein zu meistern sind, sondern durch Anwendung soziologischer Erkenntnisse ergänzt werden müssen. Auf der Fünften Tagung des Zentralkomitees der SED wurde ein Entwicklungsprogramm für (angewandte) Soziologie propagiert. Dieses Programm wurde inzwischen von der Ideologischen Kommission beim Politbüro und dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee weiter ausgearbeitet und ist am 15. September 1964 vom Politbüro verabschiedet worden.

Es verdient Beachtung, daß die Zentren der Meinungsforschung in Parteiinstitutionen konzentriert werden, die direkt dem Zentralkomitee unterstellt sind. Einerseits ist die SED damit in der Lage, unangenehme Ergebnisse leichter zu verbergen bzw. unliebsame Untersuchungen von vornherein zu verhindern, andererseits kann dadurch die Meinungsforschung der Parteiführung helfen, ihr ein besseres Bild von der Wirklichkeit zu vermitteln, um, daran anknüpfend, zweckmäßigere Lösungen im Sinne der Partei zu ermöglichen. In Ergänzung zu diesen Initiativen wurde auch ein „Institut für Bedarfsforschung“ beim Ministerium für Handel und Versorgung errichtet. Aus all diesen Initiativen ist zu entnehmen, daß die SED-Führer der Sozial- und Werbepsychologie heute große Aufmerksamkeit schenken.

Die begrenzten Erfolge der letzten Zeit ermutigen die SED-Führer, stärker auf den Faktor Zeit zu bauen. Eine langfristige Planung und ein behutsames Vorgehen

werden erkennbar. In den letzten Jahren wurden neue Gesetze (u. a. Jugendgesetz und Bildungsgesetz; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 475 ff.) verabschiedet, die das gesamte gesellschaftliche Leben auf lange Sicht grundlegend umgestalten sollen.

Wenn auch Ulbricht bisher mit dem Hinweis, es habe in Mitteldeutschland nie einen Stalinismus gegeben und demzufolge sei eine Entstalinisierung gegenstandslos, jede wirklich bedeutsame Maßnahme zur Entstalinisierung verhindert hat, so ist auch hier in den letzten Jahren manche Auflockerung eingetreten. Zwar hat das Ulbricht-Regime in allen wesentlichen Fragen auch innenpolitisch keine Konzessionen gemacht, doch die Methoden der Ausübung kommunistischer Diktatur wurden erheblich verfeinert.

Auf diese Weise wurde bisher eine grundlegende Veränderung in der SED-Führung verhindert. Ulbricht und seine getreuesten Gefolgsleute haben ihren Platz im Politbüro erfolgreich behauptet. Sofern es in den Jahren nach Stalins Tod Veränderungen im Führungskollektiv gegeben hat, so wurden nicht die am meisten belasteten Stalinisten, sondern nur Widersacher von Ulbricht ausgestoßen.

Außenpolitische Erfolge

Außenpolitisch konnte das Ulbricht-Regime weitere Erfolge in der internationalen Aufwertung erzielen. Systematisch wurde mit teilweisem Erfolg versucht, die Hallstein-Doktrin auszuhöhlen und zu umgehen. Vielfach wird übersehen, daß für die SED-Machthaber der Status, wie die „DDR“ in einem anderen Staat vertreten ist, zwar eine bedeutsame, jedoch nicht die wichtigste Frage ist. Für die SED-Führer ist das Wesentlichere, daß die „DDR“ sichtbar vorhanden ist. Wenn die „DDR“ heute von Nasser noch nicht diplomatisch voll anerkannt ist, so ist dies nicht unbedingt als ein Mißerfolg Ulbrichts zu werten.

In zahlreichen blockfreien Staaten genießen die „DDR“-Vertretungen (ob als Generalkonsulat, Konsulat oder nur Handelsvertretung) inoffiziell fast alle diplomatischen Vorrechte wie die offiziellen diplomatischen Vertretungen. Oft sind die „DDR“-Vertretungen personell stärker besetzt als die Botschaften der Bundesrepublik. Gemeinsam mit den Auslandskorrespondenten der kommunistischen Allgemeinen Deutschen Nachrichtenagentur (ADN) und des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ wird dort eine zielstrebige Informationspolitik getrieben.

Kontakte auch mit Lateinamerika

Schwerpunkt außenpolitischer Aktivität sind die blockfreien Staaten in Afrika und Asien, in jüngster Zeit auch Südamerika. Der eindeutigste Erfolg war bisher der Staatsbesuch Walter Ulbrichts in der Vereinigten Arabischen Republik und der Staatsbesuch von Marschall Tito in Ost-Berlin. Die „DDR“ beschränkt sich aber nicht nur auf politische und wirtschaftliche Einflußnahme, sondern strebt auch nach kulturellen, sportlichen und wissenschaftlichen Kontakten, die sie unmittelbar politisch ausnutzt. Es gelang ihr z. B., Kulturvereinbarungen mit Indien und Freundschaftsverträge mit Universitäten in Kolumbien und Bolivien abzuschließen. In 45 internationalen, vornehmlich wissenschaftlich-technischen Organisationen wirken Experten aus Mitteldeutschland als gleichberechtigte Partner mit. Im Sport konnte die „DDR“ die Isolierung vielfach durchbrechen. Es ist möglich, daß im Herbst dieses Jahres zwei deutsche Olympia-Mannschaften sanktioniert werden.

Die SED-Führung versucht, im Konflikt zwischen Peking und Moskau die eigenen Interessen wahrzunehmen. Zwar neigt die SED-Führung schon wegen der Anwesenheit sowjetischer Truppen, aber auch wegen des hohen industriellen Niveaus der „DDR“ stärker zur Sowjetunion. Das schließt jedoch nicht aus, daß die SED-Führung zeitweilig (z. B. bei ihrem Druck gegen das freie Berlin) den konsequenteren rotchinesischen Standpunkt für sich zu nutzen sucht, um Moskau unter Druck zu setzen. So lähmend der Konflikt zwischen Moskau und Peking auf die Anziehungskraft des Weltkommunismus auch wirken mag, so muß dies nicht unmittelbar negative Auswirkungen für die SED-Führung haben. Sie hat die Chance, mehr umworben zu werden und auch sichtbarer aus ihrer Satellitenrolle herauszukommen.

Die Differenzen im früher einheitlichen kommunistischen Machtblock schwächen zwar die Stoßkraft des Kommunismus, aber man sollte diesen Trend nicht überschätzen. Von sowjetischer Bevormundung befreite kommunistische Parteien und Staaten, die im Innern mehr Freiheit gewähren, die konzilianter sind, mehr nationale Traditionen und Eigenarten berücksichtigen und die Macht behutsamer gebrauchen, können Kräfte anziehen, die bisher abgestoßen wurden.

Eingeständnisse der SED

Dieser Entwicklung steht die Tatsache entgegen, daß es den SED-Machthabern bisher noch nicht gelang, einen Stimmungsumschwung unter der Bevölkerung zu erreichen. Nach wie vor ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen das Ulbricht-Regime. Die Entwicklung der freiheitlichen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik wirkt auf Mitteldeutschland so ansteckend, daß letztlich nur durch Mauer und Stacheldraht die Existenz der „DDR“ wirksam gesichert werden kann. Ohne Nennung neuer „Überhol-Termine“ sind die mitteldeutschen Wirtschaftsmanager jedoch bestrebt, den Rückstand gegenüber der Bundesrepublik weitgehend aufzuholen und die wirtschaftliche Spitzenposition im kommunistischen Machtbereich auszubauen.

Aus den Ausführungen des Leiters der Ideologischen Kommission beim Politbüro der SED, Prof. Kurt Hagers, und des Chefs der Agitationskommission, Prof. Albert Nordens, sowie des „Kronprinzen“ von Ulbricht, Erich Honeckers, auf der Siebten Tagung des Zentralkomitees der SED (2. bis 5. Dezember 1964) konnte man entnehmen, daß es der SED trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, die Kritik an der Errichtung der Mauer und an der mangelnden Freizügigkeit im Reiseverkehr zu überwinden und die Zweifel an der Richtigkeit der kommunistischen Wiedervereinigungspolitik zu zerstreuen. Kurt Hager mußte in seinem „Bericht des Politbüros“ an das Siebte Plenum des Zentralkomitees eingestehen:

„Dennoch müssen wir uns darüber klar sein, daß noch viele Fragen über die Lehren der deutschen Geschichte, die Ursache der Spaltung Deutschlands durch die westlichen Imperialisten, die Rolle der DDR und die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 und andere Probleme beantwortet werden müssen. Die Arbeit vieler Parteiorganisationen zur Klärung der Grundfragen unserer Politik ist jedoch noch ungenügend entwickelt. Viele Parteimitglieder sind einer offensiven Stellungnahme zu den politisch-ideologischen Fragen noch nicht gewachsen“ („Neues Deutschland“, 4. 12. 64, S. 3).

Erich Honecker stellte fest:

„Die Ergebnisse der Meinungsforschung und die Berichte der Kreis- und Bezirksleitungen sowie der Grundorganisationen,

die direkt an das Zentralkomitee berichten, zeigen, daß die Friedenspolitik unserer Partei und Regierung vorbehaltlose Zustimmung findet. Anders verhält es sich jedoch bei Problemen, die den Charakter der beiden deutschen Staaten sowie das Verhältnis zwischen ihnen betreffen. Nach wie vor bestehen Unklarheiten auf diesem Gebiet. Man könnte hier Beispiele anführen. Im wesentlichen zeigen sie alle, daß es erforderlich ist, noch prinzipieller als bisher — ich möchte sagen, bis in den letzten Winkel unserer Deutschen Demokratischen Republik — Klarheit über die historische Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und Klarheit über den Charakter und den Weg zur Überwindung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland zu schaffen“ („Neues Deutschland“, 5. 12. 64, S. 3).

Auch aus jüngster Zeit sind Fragestellungen von mitteldeutschen Landsleuten bekannt, in denen deutlich Kritik und Skepsis gegenüber der Politik der SED enthalten sind. Die Aktionen während der letzten Bundestags-sitzung in Berlin (7. April 1965) stießen z. B. auf Mißfallen. Vielfach wurde beanstandet, daß die West-Berlin-Frage wieder hochgespielt worden ist. Man fragte, ob nicht Protestnoten genügt hätten, da doch „an den Reden des Bonner Parlaments noch niemand gestorben sei“. Verschiedene Ostberliner, die sich ebenfalls durch Tiefflüge von Düsenjägern belästigt fühlten, protestierten bei den Polizeirevieren bzw. meldeten bei den Bezirksämtern die entstandenen Fensterschäden. Auch der Besuch der britischen Königin in West-Berlin und deren gemeinsames Auftreten mit dem Bundeskanzler hinterließ in Mitteldeutschland ein sehr positives Echo.

Trend zur Resignation

Aber es lassen sich in jüngster Zeit auch andere Momente erkennen. Der Prestigeerfolg Ulbrichts in Ägypten förderte bei der Bevölkerung die unliebsame Erkenntnis, daß das Ulbricht-Regime mehr und mehr an internationalem Ansehen gewinnt und daß die Zeit für den Osten arbeite. Trotz anfänglicher Genugtuung über die Bundestags-sitzung in Berlin zeigte sich ein Großteil der Bevölkerung skeptisch. Weit verbreitet war die Ansicht, „eine Bundestags-sitzung in Berlin ist ja ganz schön, aber demonstriert worden ist in erster Linie die Ohnmacht des Westens gegenüber kommunistischer Willkür“. Zahlreiche Menschen äußerten auch die Befürchtung, daß derartige Bonner Initiativen nur die Chancen für neue Passierschein-abkommen vermindern könnten.

Zwar ist die Wiedervereinigung noch immer der sehnlichste Wunsch der mitteldeutschen Bevölkerung, doch kann nicht verkannt werden, daß die abnehmenden Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung dazu führen, den Trend zur Resignation und Anpassung in Mitteldeutschland zu stärken und den Willen zum Widerstand zu schwächen. Zahlreiche Mitteldeutsche haben nach 20 enttäuschenden Jahren sogar die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung ganz aufgegeben, obwohl sie vielfach innerlich dem Kommunismus immer noch skeptisch, abwartend oder gar feindlich gegenüberstehen. Dennoch ist zu beachten, daß offensichtliche Erfolge — die heute die SED-Führer klugerweise meist in erster Linie nicht sich, sondern dem Volk zuschreiben — die Menschen in Mitteldeutschland unzweifelhaft in zunehmendem Maße mit einem gewissen Stolz auf das erfüllen, was sie in harter Arbeit unter mißlichen Umständen selbst geschaffen haben.

Der 20. Jahrestag der sogenannten Befreiung — der 8. Mai — war auch für die SED-Führer eine gute Gelegenheit, ihr gestiegenes Selbstbewußtsein in der inner-

deutschen Auseinandersetzung kräftiger herauszustellen. In Anspielung auf die Erwägungen einer westlichen Deutschlandinitiative erklärte Ulbricht auf der Neunten Tagung des Zentralkomitees der SED (26. bis 28. April 1965):

„Die Deutschlandinitiative muß darin bestehen, in Westdeutschland die Macht der ewigen Störenfriede, die Macht der Rüstungsmillionäre und Hitlergenerale zu überwinden. Das ist die Deutschlandinitiative, auf die es zunächst in Westdeutschland ankommt“ („Neues Deutschland“, 28. 4. 65, S. 4).

Für den Fall einer erneuten Einberufung des Bundestages nach West-Berlin bzw. anderer „Provokationen“ drohte Ulbricht entsprechende Gegenmaßnahmen wie in der Zeit vom 7. bis 12. April 1965 an (Durchführung großer Truppenmanöver, zeitweilige Sperrung einzelner Verkehrswege nach West-Berlin). Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Ulbricht bei derartigen Aktionen vom Kreml voll gedeckt wird. Die Sowjetführung billigt jedoch nur in bedeutenden Angelegenheiten eine harte Reaktion. Bei West-Berlin-Besuchen des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers oder einiger Minister sollen sich die SED-Führer mit Protesten oder Pressekampagnen begnügen.

Anerkennungsversuche

Obwohl das eindeutige Bekenntnis von Kossygin, Józef Cyrankiewicz, Luigi Longo, Jacques Duclos und anderen KP-Führern zur „DDR“ sowie die erste gemeinsame Berliner Parade von Truppenteilen der Sowjetarmee und der „Nationalen Volksarmee“ bei den Feierlichkeiten anläßlich des 20. Jahrestages der „Befreiung“ zur Steigerung von Ulbrichts Selbstbewußtsein beträchtlich beitrugen, so ist jedoch auch zu beachten, daß Kossygin die Berlin-Frage in seinen Reden nicht berührte. In der „Prawda“ und in der „Iswestija“ wurde beim Abdruck des Manifestes der „Volkskammer der DDR“ zum

20. Jahrestag der „Befreiung“ der Passus ausgelassen, in dem die These aufgestellt ist, West-Berlin liege auf dem Territorium der „DDR“. Offenbar wünscht der Kreml keine neue Offensive. Lediglich der Vertreter Rotchinas forderte bei den „Befreiungs“-Feierlichkeiten noch den Abzug der „ausländischen Besatzungstruppen“ aus West-Berlin.

Das gesteigerte Selbstbewußtsein des Ulbricht-Regimes dürfte die Passierscheinverhandlungen kaum erleichtern. Als Nachfolger des verstorbenen Staatssekretärs im Ministerium für Kultur, Erich Wendt, führt nun der neuernannte zweite Staatssekretär beim „Vorsitzenden des Ministerrates der DDR“, Michael Kohl, die Verhandlungen. Kohl war bisher Leiter der Rechtsabteilung im Außenministerium und wirkte als Experte für die Fixierung internationaler Abkommen. Während früher Alexander Abusch im Präsidium des Ministerrates für die Passierscheinverhandlungen zuständig war, ist nun damit zu rechnen, daß Willi Stoph die Kompetenz an sich zieht und damit die Passierscheinverhandlungen auf eine noch höhere Ebene zu heben trachte.

In den Reden zum 20. Jahrestag der „Befreiung“ war aufgefallen, daß von einer Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen nicht mehr die Rede war. Man kann dies als Indiz dafür werten, daß Ulbricht sich innenpolitisch so fest im Sattel fühlt, daß er glaubt, auf materielle Konzessionen verzichten zu können. Alle verfügbaren Mittel sollen offenbar wieder für Investitionen in der Wirtschaft konzentriert werden. Aus den letzten Reden der SED-Führer und auch aus den jüngsten Ereignissen in der Sowjetunion kann man schließen, daß die seit dem Sturz Chruschtschows sich verzögernde Entstalinisierung zum Stillstand gekommen ist und vorerst keine weiteren Lockerungen mehr zu erwarten sind, wengleich eine Restalinisierung wenig wahrscheinlich ist.

Das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil

Die Eröffnung der Vierten Session

Mit der Eröffnung der Vierten Session am 14. September 1965 ist das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil in seine Endphase eingetreten. Sie soll nach dem Willen des Papstes und nach dem Wunsch der Mehrheit der Väter die letzte sein. Dieser Wunsch war bei der Wiedereröffnung der Beratungen von der Hoffnung begleitet, man werde ohne nochmalige Unterbrechung die Beratungen noch vor Weihnachten abschließen und die noch vorliegenden elf Entwürfe bis dahin endgültig verabschieden können. Der Ordo für die täglichen Konzilsmessen, der zu Beginn der Session an die Väter verteilt wurde, reicht bis zum 8. Dezember. Damit scheint wenigstens die Absicht verbunden, nach Möglichkeit an diesem Tage das Konzil zu schließen. Man glaubte das enorme Programm sogar ohne wesentliche Veränderung der Geschäftsordnung bewältigen zu können. Kardinal Döpfner stellte in der ersten Pressekonferenz des Konzilspresseamtes am Vorabend der Eröffnungsfeier eine Beschleunigung des Abstimmungsrhythmus und eine mögliche Reduzierung der Generalkongregationen nach Abschluß der eigentlichen Debatten in Aussicht, um den Kommissionen mehr Zeit für die Überarbeitung der Schemata zu lassen.

Das „Konzilsklima“ schien bei der Wiederaufnahme der Arbeiten vor allem durch drei Faktoren bestimmt, in denen sich Skepsis und Zuversicht der Väter, der gläubigen Katholiken und der interessierten Beobachter aus den verschiedenen christlichen Kirchen und Gemeinschaften und aus der „Welt“ spiegeln: durch die psychologischen Nachwirkungen der Ereignisse der letzten Wochen der Dritten Session; durch das Fortbestehen eines klaren Gegensatzes zwischen der Mehrheit und einer kleinen Minderheit in wichtigen und für den Ausgang des Konzils entscheidenden Fragen wie in der Frage der Religionsfreiheit und in der Judenfrage; durch die Sorge um die Realisierung der Beschlüsse in der postkonziliaren Zeit, in die die laufende Session bereits überleitet.

Trotz Beschwichtigung und mancher Richtigstellung sind die negativen Eindrücke vom Ende der Dritten Session nicht ganz verwischt. Es blieb etwas von der Befürchtung zurück, die vermittelnden, aber autoritativ ausgesprochenen Maßnahmen des Papstes könnten sich einseitig gegen den Willen der übergroßen Konzilsmehrheit auswirken und diese Tendenz könnte sich in der Vierten Session von neuem bestätigen. Die Gerüchte um das Judenschema